Für eilige Leser

am Mittwoch morgen.

Im Suganatale wurden die Italiener aus ihren vorgeschobenen Stellungen zurückgeworfen, wobei sie elf Offiziere und 600 Mann an Gefangenen verloren.

Auf den Col di Lana unternahmen die Italiener einen allgemeinen Angriff, der abgeschlagen wurde; später gelang es ihnen, in die zerstörten Stellungen auf der Westkuppe einzudringen.

Bei Zagora wiesen österreichisch-ungarische Truppen gestern früh einen italienischen Angriff unter beträchtlichen Verlusten des Gegners ab.

Walona wird nach Mailänder Blättermeldungen fast täglich von österreichisch-ungarischen Fliegern überflogen.

Kaiser Franz Joseph empfing den aus Berlin zurückgekehrten Minister des Aeußeren Baron Burian.

Zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn steht der Abschluß eines Handelsabkommens — ähnlich dem rumänisch-deutschen — bevor.

Die französischen Paßbehörden geben seit dem 12. April keine Pässe an männliche Staatsangehörige bis zu 50 Jahren mehr aus.

Die russische Reichsduma und der Reichsrat sind bis zum 29. Mai vertagt worden.

Die Errichtung einer amtlichen Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe steht in naher Aussicht.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Zeitweise trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschläge.

---

ein und fordern die Inhaber zur vorzeitigen Rückkehr nach Frankreich bis 1. Mai auf. Es werden hieraus Schlüsse auf eine unmittelbar bevorstehende Ausdehnung des französischen Heeresdienstes auf zwei weitere ältere Jahresklassen gezogen, auf welche Eventualität Hervé bereits in seinem letzten Wochenbericht hinwies.

Französische Schiffskäufe.

Der französische Konsularagent in Kristiansand steht im Begriffe, eine französische Seglerflotte von 50 Schiffen zu kaufen. Die Schiffe, deren Tonnengehalt ungefähr 160 000 Tonnen beträgt, sind größtenteils Barkschiffe von 3000 Tonnen und 10 bis 15 Jahre alt. Sie gehören einer einzigen Reederei in Nantes. Die Kaufsumme beträgt 16 Millionen Kronen. (W. T. B.)

Die Behandlung der deutschen Zivilgefangenen in Marokko.

b. Bei Ausbruch des Krieges versprach die französische Regierung, die in Marokko lebenden Deutschen auf neutrales (spanisches) Gebiet zu überführen. In Wirklichkeit aber wurden unsere Landsleute weit ins Innere, in diesem Falle nach Sebdou, gebracht. Von August 1915 bis Januar 1916 blieben die Deutschen dort, wurden dann auf kurze Zeit in das mörderische Klima der Oase Laghouat in der Sahara gebracht und haben nun endlich nach 20 langen Kriegsmonaten europäisches Gebiet wieder betreten dürfen. Seit Ende März befinden sich diese Gefangenen in St. Marguerite und Chartreuse. Dieser Fortschritt konnte nur dadurch erreicht werden, daß schließlich die deutsche Regierung mit Repressalien drohte.

Der Unterseekrieg.

Nach französischen Blättermeldungen sind in letzter Woche in den Gewässern westlich von Rochellet zwei Frachtdampfer gesunken. Man befürchtet, daß es sich um feindliche Tauchbootangriffe handelt.

Ein neuer Völkerrechtsbruch der Engländer.

b. Brief- und Paketpost von Kopenhagen nach Island sind vom dänischen Dampfer „Botnia" von den Engländern heruntergeholt worden. Dieses Vorgehen bezeichnet „Politiken" als die gröbste Verletzung der Völkerrechtsregeln, die Dänemark jemals erlitten habe. Das Blatt schreibt: Selbst in Anbetracht dessen, daß England schon früher die von ihm selbst garantierte Unverletzbarkeit der Briefpost hintangesetzt hat, wird die Beschlagnahme der Post von einem dänischen nach einem anderen dänischen Hafen verblüffen. Der inländische Verkehr jeder Art ist absolut unantastbar. Hier ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts geschehen.

Neue Fundstücke von der „Tubantia".

b. Der „Nieuwe Courant" teilt mit: Der überraschende offizielle Bericht, wonach noch mehrere Stücke des auf die „Tubantia" abgeschossenen Torpedos gefunden worden sind, ist geeignet, das ganze Geheimnis zu enthüllen, das bisher über dem Untergang des Dampfers schwebte. Die Nummer, die auf dem einen Stück erkenntlich ist, macht es möglich, nicht allein die Herkunft des Torpedos festzustellen, der die „Tubantia" traf, sondern auch die ganze Geschichte des Geschosses, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung, wie sie das zugestanden hat, ebenso wie die Firma Schwartzkopff, dabei mithelfen. Mit Hilfe der Nummer kann man erkennen, ob das betreffende Geschoß an die deutsche Regierung abgeliefert ist oder an eine andere. Im ersteren Falle läßt sich leicht feststellen, an welches Kriegsschiff das Geschoß geliefert wurde, und weiter, ob dieses Schiff am 17. März noch zur deutschen Marine gehörte. Und weiter, ob es das fragliche Geschoß an dem betreffenden Tage noch an Bord oder schon früher abgeschossen hatte.

Hollands wachsame Neutralität.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Die niederländische Staatsregierung hat allen Staatsbürgern im wehrpflichtigen Alter das Verlassen des niederländischen Staatsgebietes verboten. — Die holländischen Hafenkommandanten untersagten das Betreten der Außengebiete der Hafenanlagen.

Ein goldenes Wort.

Der ehemalige niederländische Ministerpräsident Dr. Kuyper äußert sich am Schluß eines längeren Leitartikels im Amsterdamer „Standaard" vom 12. 4. zu den Plänen des Verbandes über die wirtschaftliche Bekämpfung der Mittelmächte auch nach dem Frieden dahin, daß den gerade in der Mitte zwischen den zwei wirtschaftlichen Gruppen liegenden Niederlanden dieser Plan Unbehagen erwecke, insbesondere jetzt, wo der Verband wieder einen Druck auf die Niederlande ausüben wolle. „Neben Griechenland stehen wir als „Numero Zwei" auf der schwarzen Liste. Nur hierdurch kann uns immer wieder Gefahr drohen, eine Gefahr, der wir jedesmal, wenn sie sich wieder zeigt, begegnen müssen. Auch hier gilt das Sprichwort: „Ce n'est que le premier pas." Wer auch nur ein wenig nachgibt, zahlt die Rechnung. Daß Griechenland bei Saloniki nicht sofort sich zur Wehr setzte, war sein größter Fehler. Glücklicherweise war dieser Fehler für unsere Regierung ein Warnungszeichen."

Englische Heeresnöte.

b. Aus London wird gemeldet: Es scheint, daß die letzte Beratung des Kabinetts die Regierung zu der Ueberzeugung gebracht hat, daß die bisherigen Anstrengungen Englands noch immer nicht genügend sind, um auf den einzelnen Kriegsschauplätzen, namentlich auf der Westfront, etwas Entscheidendes auszurichten. Man erachtet deshalb die Einziehung von 400 000 Mann neuer Truppen für dringend notwendig. Ueber die Art und Weise, wie dieses neue Heer zu beschaffen ist, gehen die Ansichten im Kabinett auseinander. Man ist in den letzten Tagen nur zu einer teilweisen Uebereinstimmung gekommen: Hauptsächlich möchte man das Dienstalter der unter das Dienstpflichtgesetz Fallenden um ein Jahr, nämlich auf 18 Jahre, herabsetzen. Man hofft hierdurch, etwa 225—250 000 Mann zu erhalten und etwa 200 000 Mann, wenn man das Dienstpflichtgesetz auch auf Irland ausdehnen könnte. Jedoch schrecken die meisten Mitglieder des Kabinetts wegen der großen Bedeutung der innerpolitischen Fragen, die hierdurch berührt würden, vor dieser Maßnahme zurück. Die restlichen 150—175 000 Mann hofft man durch Einberufung der in den Munitionsfabriken tätigen unverheirateten Mannschaften, sowie durch straffere Werbung unter den Verheirateten und durch Zustrom aus den Kolonien erhalten zu können. Die Durchführung dieses Planes erscheint jedoch noch keineswegs sicher. Mehrere industrielle Verbände, so u. a. die Verbände für die Interessen der Steinkohlenzechen, der Textilfabriken, Schiffswerften und der Maschinenfabriken, haben Eingaben an die Regierung gerichtet, worin betont wird, daß die immer weiter um sich greifende Einziehung von Arbeitskräften bereits eine sehr gefährliche Lage geschaffen habe. Die Maschinenfabriken erklärten, daß die Ausführung von Aufträgen um 50 bis 75 v. H. verlängerte Lieferungsfristen benötige. Außerdem würde die Ablieferung der Waren wegen des Laderaummangels häufig noch um zwei bis drei Monate verzögert. Fortgesetzt würden die Bestellungen von großen Kunden zurückgenommen und auf amerikanischen, kanadischen und holländischen Werken untergebracht. Der Minister Henderson erhielt sehr bewegliche Klagen von seiten der Landwirtschaft, der Eisenindustrie und der Textilfabriken. In Kanada scheinen die Vertreter der Küstenprovinzen noch ziemlich kriegerisch gestimmt zu sein. Doch sticht diese Stimmung merklich ab von den Ansichten der eigentlich ackerbautreibenden Provinzen, wo der Arbeitermangel sich mehr und mehr fühlbar macht und der Betrieb nur durch Heranziehung amerikanischer Arbeitskräfte aufrechterhalten werden kann. Ob die kanadische Regierung deshalb dem Antrag auf Einführung der allgemeinen Dienstpflicht Folge leisten wird, erscheint recht zweifelhaft. Inzwischen setzt in England der große nationale Verband der Verheirateten mit allen Mitteln seine Propaganda zur genauen Innehaltung der den Verheirateten gegebenen Versprechungen fort. Infolge davon ist das Werbungsergebnis unter den Verheirateten seit einiger Zeit in auffallender Weise zurückgegangen. Die endgültige Festlegung der Politik dieser Organisation soll auf einer Tagung zu Birmingham erfolgen. Die Regierung befindet sich infolge aller dieser Umstände in einer schwierigen Lage, wenn auch die noch fortgesetzt umlaufenden Gerüchte über eine Kabinettskrisis sich bisher als unbegründet erwiesen haben. In parlamentarischen Kreisen hat man das Gefühl, daß in der Regierung große Unsicherheit herrscht.

Die Verluste der englischen Angriffsarmee in Ostafrika.

bc. Nach einer mit Anfang des Monats April in Kraft getretenen Verordnung des englischen Kriegsministeriums dürfen in den veröffentlichten englischen Verlustlisten nicht mehr die genauen Truppenteile und auch nicht mehr die einzelnen Kriegsschauplätze angegeben werden, auf welchen die Verluste eingetreten sind. Ziffernmäßig lassen sich somit die Opfer, welche England und Südafrika der Angriff auf Deutsch-Ostafrika an Menschen kostet, nicht mehr errechnen. Daß diese Verluste aber recht erhebliche sein müssen und die englischen Erfolge am Kilimandscharo teuer bezahlt werden mußten, geht aus folgenden zwei Tatsachen klar hervor. Einmal nämlich hat die südafrikanische Regierung unter dem 29. März angeordnet, daß von diesem Zeitpunkt ab die Rekrutierung für die südafrikanische Infanterie in Uebersee aufgehoben wird, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, um alle Anstrengungen auf die Ergänzung der südafrikanischen Infanteriebrigaden in Ostafrika zu konzentrieren. Also müssen die Abgänge dort weit über das erwartete Maß hinausgegangen sein, denn noch Mitte März hieß es in der südafrikanischen Presse, daß in Südafrika genügend Reserven bereit ständen, um die in Ostafrika entstehenden Lücken sofort zu ergänzen. Die zweite Tatsache, welche auf große Verluste der zurzeit im Kampfe gegen Deutsch-Ostafrika stehenden Truppen und zugleich auch auf den Eindruck schließn läßt, den die Widerstandskraft unserer tapferen Ostafrikaner in England gemacht hat, ist die Absendung der bisher am Suezkanal stehenden neuseeländischen Brigade nach Ostafrika.

Deutschland und Amerika.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London vom 15. d. M.: Der „Times"(!) berichterstatter in Neuyork meldet seinem Blatte, daß das amerikanische Ministerium die Note Wilsons an Deutschland gebilligt habe. Wie verlautet, wird folgendes in dieser Note gefordert: 1. Die Bestrafung der Unterseeboot-Kommandanten, die verantwortlich sind für die Angriffe auf den „Sussex" und andere Dampfer, die ohne vorhergegangene Warnung torpediert worden sind; 2. ein völlig zufriedenstellender Schadenersatz; 3. Bürgschaften für eine andere Führung des Unterseeboot-Krieges; 4. werden diese Forderungen nicht angenommen, dann sollen die diplomatischen Beziehungen unmittelbar abgebrochen werden.

Das russische Wirtschaftsleben.

Der Grundgedanke, der die russische Reichsduma bei der Beratung des soeben vom Reichsrat bestätigten Staatshaushaltsetats beherrscht, war die immer wiederkehrende Klage über die Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens und die schadhafte Stelle im Mechanismus der Staatsmaschine. Die Hoffnungen, die das Volk an die Wiedereröffnung der Reichsduma knüpfte, wurden nicht erfüllt, da fast alle Wünsche an dem hartnäckigen Widerstande der reaktionären Regierung scheiterten. Diese Politik des neuen Ministerpräsidenten Stürmer, die sich außer Ernennung von Mitgliedern der Rechten auch in einer Reihe von Einschränkungsverordnungen, besonders hinsichtlich der Rechte der Arbeiter, geltend macht, hat eine wachsende Unzufriedenheit und oppositionelle Stimmung hervorgerufen. Die „Birschewija Wjedomosti" schreibt: Nach Erledigung des sachlichen Teiles in der Beratung des Staatshaushaltes, kann man keine Fortschritte sehen. Man muß vielmehr erkennen, daß man aus dem Zustande des alten Regimes nicht herausgekommen ist. Es scheint, als wenn man auf dem toten Punkt anlangte.

Vertagung der russischen Volksvertretung.

(Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Durch kaiserlichen Erlaß sind die Duma und der Reichsrat bis zum 29. Mai vertagt worden. (W. T. B.)

Eine Friedensstimme aus der Duma.

b. Die bulgarischen Blätter veröffentlichen den Wortlaut der Eingabe von Mitgliedern der Rechten der russischen Duma, die durch den Deputierten von Kiew in der Duma verlesen wurde. Dieses Schriftstück, das nach „Rußkoje Slowo" große Sensation erregt hat, schließt: Wir haben lange die Zweckmäßigkeit des Krieges erwogen und können nicht mit gutem Gewissen sagen, daß das Volk die Fortsetzung des Krieges wünscht. Wir sind nicht ermüdet, aber der frühere Enthusiasmus ist nicht mehr vorhanden. Wir sind weit entfernt, die deutschen Wünsche ergebenst zu erfüllen, aber wir weisen nicht die Möglichkeit einer freundschaftlichen Verständigung zurück, sobald sie sich als Notwendigkeit erweist. Wenn nicht die feste Zuversicht auf einen völligen Sieg vorhanden ist, ist es die Pflicht der Staatsmänner, die Geduld des Volkes nicht weiter auf eine harte Probe zu stellen.

Stimmungsumschwung in Rußland.

b. Laut „Köln. Ztg." hat sich in Rußland in aller Stille eine Wandlung von Stimmungen vollzogen, auf die man die Aufmerksamkeit lenken darf. In wachsendem Umfange finden sich in der russischen Presse Artikel über die inneren Zustände Deutschlands, aus denen der Wunsch nach Erkenntnis und Wahrheit spricht. Der bekannte Schriftsteller Menschikow veröffentlicht in der deutschfeindlichen „Nowoje Wremja" eine Reihe von glänzend geschriebenen Aufsätzen, in denen er in bitterer Selbstironie die wirtschaftliche Kriegführung der angeblich an die Wand gedrückten Deutschen derjenigen des russischen Kolosses gegenüberstellt. Wenn auch manches unzutreffend ist, so spiegelt sich doch — was man als Fortschritt, Verdienst und Hoffnung auffassen darf — in diesen Aufsätzen eine rückhaltlose, ehrliche Bewunderung der deutschen Kriegsleistung auf wirtschaftlichem Gebiete und daneben eine unverhohlene Sorge um die nächste wirtschaftliche Zukunft des eigenen Landes wider. Was Deutschland gerettet habe, sei die staunenswerte Fähigkeit eines Volkes, nicht den Kopf zu verlieren. Menschikow quält die Angst, wie das schlecht organisierte russische Reich den Ausfall an landwirtschaftlicher Anbaufläche ertragen werde, den es durch die Wegnahme von Polen, Kurland usw. erlitten habe. Damit rührt der Verfasser tatsächlich an einen Punkt, der vielleicht für den ganzen Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung ist. Für uns bedeutet die Aussicht auf die landwirtschaftliche Nutzbarmachung der besetzten Gebiete eine neue Zuversicht. Wenn heute von der russischen Presse und von russischen Autoritäten anerkannt wird, daß wir schon den zweiten Kriegswinter glücklich überdauert haben, und daß nicht wir vor der Aushungerung stehen, sondern eher die anderen Mächte, so muß der Frühling und die neue Ernte die Aushungerungsträume unserer Feinde endgültig zerstören.

Oesterreichisch-ungarische Flieger über Walona.

Nach Blättermeldungen aus Mailand wird Walona fast täglich von feindlichen Fliegern besucht. Infolgedessen wurde der Abwehrdienst verschärft, da man mit einem überraschenden Vorstoß der an die Außenlinie herangeschobenen feindlichen Vortruppen rechne.

Wiener Stimmen zu Sonninos Rede.

In Besprechung der Rede Sonninos stellen die Wiener Blätter übereinstimmend fest, daß seine Ausführungen selbst unter der gewöhnlichen Höhe der inhaltlosen und leeren Reden seiner verbündeten Ministerkollegen standen. Das Wiener „Fremdenblatt" gelangt zu dem Schlusse, die Rede Sonninos sei nur ein neuer Beweis dafür, in welch übler Lage sich unsere Gegner befinden, und ein neuer Beweis, daß ihre Anstrengungen erfolglos geblieben sind. (W. T. B.)

Oesterreichisch-rumänisches Handelsabkommen.

b. Der Abschluß eines ähnlichen Abkommens wie zwischen Rumänien und Deutschland steht auch mit Oesterreich-Ungarn bevor.

Eine Aeußerung des Königs von Griechenland.

Die „Voss. Ztg." meldet aus Athen: Der König von Griechenland drückte dem Berichterstatter der „Voss. Ztg." gegenüber die Zuversicht aus, es werde ihm gelingen, das Staatsschiff in den sicheren Hafen zu führen.

Die Tabaksteuervorlage.

b. Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, sind die Aussichten auf Annahme der Tabaksteuervorlage im Reichstag in der letzten Zeit erheblich geringer geworden. Mit einer Belastung in der Höhe, wie sie die Vorlage bezweckt, sind weder die Sozialdemokraten, die von vornherein Gegner der Vorlage waren, noch auch die Zentrumsmitglieder einverstanden. Auch in den übrigen Parteien gibt es zahlreiche Gegner der Vorlage. Die Verbände der am Tabakhandel und in der Zigarren- und Zigarettenherstellung Beteiligten haben seit mehreren Wochen eine sehr rührige Bewegung gegen die Vorlage veranstaltet, und diese Bewegung ist, wenigstens soweit es sich um den Tabak und um die Zigarren handelt, nicht erfolglos gewesen. Man nimmt an, daß die Tabaksteuervorlage bestenfalls im Reichstag in einer sehr abgeschwächten Gestalt angenommen wird.

Die Errichtung einer amtlichen Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe

steht in naher Aussicht. Das unter die Aufsicht des Reiches gestellte Organ soll die Schwierigkeiten, mit denen Zeitungsverleger und Druckereien infolge der Rückwirkung des Krieges auf ihre Betriebe sich auseinanderzusetzen haben, durch staatliche Maßnahmen zu beseitigen bemüht sein. In erster Reihe wird es sich hierbei darum handeln, auf eine ausgiebige Versorgung der Druckereien mit Druckpapier acht zu geben. Demgemäß wird für die Papierfabriken auf die Beschaffung der erforderlichen Cellulose und anderer Rohstoffe Bedacht zu nehmen sein. Nächstdem wird die Versorgung des Druckpapiers insofern geregelt werden müssen, daß beim Knappwerden der Vorräte der Bedarf der Druckereien gleichmäßig befriedigt werden kann. Falls sich ergibt, daß die Menge verfügbaren Druckpapieres nicht mehr ausreicht, so werden Einschränkungen des Verbrauchs sich nicht vermeiden lassen. Zu diesem Zweck könnte die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften untersagt, die Verringerung des Umfanges der bestehenden Zeitungen angeordnet werden. Bevor noch solche Anordnungen ergehen, muß festgestellt werden, wie der Bedarf in Druckpapier zur Fabrikationsmenge sich verhält. Diese Ermittlungen werden eine wichtige Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle darstellen. Sie soll im übrigen die Interessen der Papierindustrie und die Bedürfnisse der Druckereien erforschen und in Einklang bringen. (b.)

Die Gründung des „Reichsverbandes Ostpreußenhilfe".

Der „Reichsverband Ostpreußenhilfe" ist auf der Tagung der Vertreter sämtlicher Kriegshilfsvereine für Ostpreußen, die am 15. d. M. in Berlin stattfand, gegründet worden. Der „Reichsverband Ostpreußenhilfe" will, wie Polizeipräsident v. Lüdinghausen in längeren Ausführungen über die Aufgaben des neuen Verbandes darlegte, als Zentralstelle dienen für die Gesamtbestrebungen der aus demselben Grundgedanken hervorgegangenen, durch den gleichen Zweck zu einer Gemeinschaft verbundenen Vereine, ohne deren Selbständigkeit in der Fürsorge für die von ihnen übernommenen Patenstädte und Patenkreise irgendwie zu beeinträchtigen. Er wird auch aus einem hierfür zu schaffenden Fonds — der Verband verfügt bereits über eigene Mittel — gewisse Ungleichmäßigkeiten, die sich bei Versorgung der einzelnen ostpreußischen Städte und Kreise ergeben haben, in billiger Weise ausgleichen, so daß die verschiedenen geschädigten Bezirke in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Bedürftigkeit und zueinander bedacht werden.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki-Bledau, zum geschäftsführenden Vorsitzenden Frhr. v. Lüdinghausen gewählt. Die Versammlung beschloß ferner, dem Reichskanzler und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg das gemeinschaftliche Ehrenpräsidium anzutragen; außerdem soll ein Ehrenkuratorium gebildet werden, dem die in der Sitzung anwesenden früheren ostpreußischen Oberpräsidenten, Staatsminister v. Moltke und Oberpräsident v. Windheim, bereits beitraten. Die Tagung, die in der Begründung des „Reichsverbandes" ihren Abschluß fand, brachte in einer Reihe von Vorträgen einen anschaulichen Ueberblick über die Aufgaben der Kriegshilfsvereine, und zwar wurde das die allgemeinen Ziele der „Ostpreußenhilfe" behandelnde, mit besonderem Interesse aufgenommene Hauptreferat des Polizeipräsidenten v. Lüdinghausen ergänzt durch Ausführungen über Siedelungs- und Kleinwohnungswesen vom Referenten beim Königsberger Oberpräsidium Radolny, über Fragen des Heimatschutzes vom Generalsekretär Dr. Lindner und über Bestrebungen der ländlichen Heimats- und Wohlfahrtspflege vom Professor Sohnrey. (W. T. B.)

Baron Burian bei Kaiser Franz Joseph.

Das Wiener „Fremdenblatt" meldet: Kaiser Franz Joseph empfing den Minister des Aeußeren Baron Burian. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.